

Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

als Vorsitzender der FDP Würselen

Würselen, den 31.10.2005

Zur Forderung aus der Rektorenkonferenz zur Festsetzung eines Mindestbetrages für Studierendenbeiträge durch den Gesetzgeber

Die Forderung aus der Rektorenkonferenz der NRW Hochschulen, die Landesregierung möge neben einem Höchstsatz an Studienbeiträgen (500 €) auch einen Mindestbeitrag festschreiben, macht deutlich, dass Einiges von den Hochschulen noch nicht verstanden wird. Es ist dieser neuen und der hier besonders liberalen Landesregierung zu danken, dass endlich die Autonomie der Hochschulen auch praktisch umgesetzt wird. Die Einführung der Möglichkeit zur Erhebung von Studienbeiträgen wird in NRW sozial gerecht und effektiv geregelt. Es wird endlich mehr Wettbewerb unter den Hochschulen geben. Und es ist gerade Ausdruck von Autonomie, den Hochschulen die Entscheidung über die Beiträge tatsächlich selbst zu überlassen.

Die Hochschulen, die sich für Studienbeiträge von ihren Studierenden entscheiden, werden bald frei verfügbare Mittel zur Verbesserung der Studiensituation haben, aber vermutlich auch zunächst protestierende Studierende. Die anderen werden diese Mittel eben nicht haben, aber zunächst vermutlich Ruhe an der studentischen Front. Die Forderung aus der Rektorenkonferenz heißt nichts anderes als: ‚Wir wollen zwar das Geld, aber auch den Unmut und die Demonstrationen in Düsseldorf.‘

Nein, Magnifizenzen! Es ist mit Autonomie nicht vereinbar, wenn man nun wieder nach dem Staat ruft. Mehr Autonomie heißt mehr Verantwortung; Sie können nicht mehr in Deckung gehen. Diese Landesregierung wird Ihnen in naher Zukunft noch mehr Freiräume geben. Nutzen Sie diese Gestaltungsmöglichkeiten, um die Hochschulen in unserem Land zu stärken, ihr Profil zu schärfen und sie wieder an die Spitze zu führen. Die Entscheidungsfreiheit ist das richtige Signal aus Düsseldorf.